

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Landesorganisation Hamburg

Außerordentlicher  
Landesparteitag  
am 25. 2. 1977

Drucksache B 1 neu  
Der Landesvorstand  
in der Fassung der  
Antragskommission

Betr.: Energiepolitik

I.

Der Parteitag begrüßt es, daß durch die öffentlichen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit Probleme der Energieversorgung und des Energieverbrauchs stärker in das politische Bewußtsein gerückt worden sind und daß durch den vom Verwaltungsgericht in Schleswig verfügte Baustop für das Kernkraftwerk in Brokdorf die nötige Zeit für eine grundlegende Diskussion gewonnen worden ist. Der Landesparteitag ist entschlossen, sich an der Diskussion über diese Probleme mit Ernst und Sachverstand zu beteiligen.

Er geht dabei von folgender Grundüberlegung aus:

Eine ausreichende Energieversorgung ist Grundlage für eine stabile Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne eine solche Energieversorgung ist das für die Erhaltung des Lebensstandards in unserem Lande und für die Hilfe bei der Entwicklung des Lebensstandards in anderen Ländern notwendige Wachstum nicht möglich. Die Sicherung der Energieversorgung unter Beachtung eines sparsamen Verbrauchs ist daher eine erstrangige Zukunftsaufgabe, für die nur der Staat Verantwortung zu tragen hat, nicht aber die energieproduzierenden Unternehmen. Dies gilt insbesondere auch für die schwerwiegende Entscheidung, ob, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen Kernenergie hierfür in Anspruch genommen werden soll und kann. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Aussage des ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens der Partei, daß "wir uns künftig nicht mehr an einem Wachstum ausrichten (können), das nur in seiner globalen Veränderung betrachtet wird, ohne Rücksicht darauf, wie es sich zusammensetzt und unter welchen Bedingungen es zustande kommt. Unser Ziel muß ein gesamtwirtschaftlich sinnvoll differenziertes, auch an qualitativen Maßstäben ausgerichtetes Wachstum sein".

II.

Angesichts der Bedeutung dieser Frage fordert der Parteitag, daß so lange keine weiteren Genehmigungen für die Planung und den Baubeginn von neuen Kraftwerken (einschließlich Brokdorf) und keine Betriebsgenehmigungen mehr erteilt werden, bis die mit dem Betrieb, der Versorgung mit Kernbrennstoffen, der Wiederaufbereitung benutzter Brennelemente und der Lagerung bzw. (so im Falle des kurz vor der Fertigstellung stehenden Kernkraftwerks Krümmel) Zwischenlagerung entstehender und anderweitig nicht nutzbarer Abfallelemente zusammen-

hängenden Fragen sorgfältig geprüft und unter [REDACTED] Ausschaltung aller voraussehbarer Risiken gelöst worden sind.

Folgende Punkte sind unter anderem in die Prüfung einzubeziehen:

1. Sind die vorliegenden Energieprognosen noch zutreffend?  
Wieweit sind derartige Prognosen von betriebswirtschaftlichen Interessen der Energieerzeuger bestimmt?
2. Welche gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen sind erforderlich, um zu einer möglichst sparsamen Verwendung von Energie zu kommen?
3. Ist die Kernenergie gegenwärtig die einzige Möglichkeit, eine denkbare Energielücke zu schließen, Lebensstandard, Wachstum und Arbeitsplätze zu erhalten? Welche Möglichkeiten gibt es, den Energiebedarf der Zukunft durch Sonnenenergie oder andere Alternativenergien zu decken? Diese Frage ist durch eine von Industrieinteressen nicht beeinflusste wissenschaftliche Untersuchung zu prüfen; die Mittel für Forschungsaufwand und Forschungskosten sind durch Umschichtungen zu Lasten der Kernenergieforschung bereitzustellen. Gibt es risikoärmere oder risikofreie Formen der Verwendung von Kernenergie (Kernfusion, Hochtemperaturreaktoren)? Sind Maßnahmen erforderlich, die Forschung auf diesen Gebieten zu untensivieren?
4. Welche Risiken sind mit dem Betrieb von Kernkraftwerken verbunden? Sind diese Risiken technisch und menschlich beherrschbar? Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die vorhandenen Risiken zu vermindern?
5. Ist die Versorgung und Entsorgung der vorhandenen, im Bau befindlichen und geplanten Kernkraftwerke mit Kernbrennstoff sichergestellt? Welche Risiken sind hiermit verbunden bei der Erzeugung, beim Transport, bei der Aufbereitung, bei der Zwischenlagerung und bei der Endlagerung von Kernbrennstoffen und Abfallelementen aus dem Kernspaltungsprozeß? Sind diese Risiken menschlich und technisch beherrschbar? Was ist erforderlich, um diese Risiken gegebenenfalls zu verringern?
6. Was geschieht mit den Kernkraftwerken nach dem Ende ihrer Nutzung? Welche Risiken sind damit verbunden?
7. Welche Kosten entstehen bei der Kernenergie und zwar unter Ein-schluß sämtlicher Kosten für die Forschung und Entwicklung, die Investition und die Infrastruktur, den gesamten Brennstoffkreislauf, den Betrieb der Kernkraftwerke und die nach Stilllegung der Werke anfallenden Kosten? Wie wird sich der Preis der Kilowattstunde, erzeugt aus Kernenergie im Vergleich zur Kilowattstunde, erzeugt aus fossiler Energie, entwickeln unter Berücksichtigung der zu erwartenden Verteuerungen der jeweiligen Primärenergiequellen?
8. Welche gesellschaftspolitischen Folgen ergeben sich aus der Notwendigkeit umfassender Sicherung und Kontrolle aller Stufen der Energieerzeugung aus Kernbrennstoffen und aller Stufen des Brennstoffkreislaufs?



9. Welche Sicherheitsprobleme ergeben sich in bezug auf das bei der Kernenergieerzeugung anfallende 'Abfallprodukt' Plutonium, insbesondere im Hinblick darauf, daß Plutonium zur Herstellung von Atombomben verwandt werden kann?
10. Sind die Probleme der Umweltbelastung durch Kernkraftwerke, hier insbesondere durch Abwärme und Strahlung, für die jeweilige Region befriedigend lösbar?
11. Welche Risiken für unsere Sicherheit ergeben sich aus der Zerstörung von Atomkraftwerken durch konventionelle Waffen?
12. Welche Bedeutung haben der Bau und der Export von Kernenergieanlagen für die deutsche Wirtschaft? Welche für die sicherheits- und entspannungspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland? Ist das mit dem Export verbundene Risiko, daß auf diese Weise zur Herstellung von Atombomben geeignetes Material in die Hände unverantwortlicher und völkerrechtlich nicht gebundener Regierungen gelangen kann, beherrschbar?
13. Was bedeutet die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie für die wirtschaftliche Entwicklung zwischen armen und reichen Ländern dieser Erde?
14. Ist der Betrieb von Kernkraftwerken und der im übrigen mit diesen zusammenhängenden technischen Anlagen im Hinblick auf die damit möglicherweise verbundenen Risiken nationalstaatlich begrenzenbar? Würde der restlose Verzicht auf Bau und Betrieb von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik die Bevölkerung der Bundesrepublik vor den möglichen Risiken, die mit derartigen Anlagen verbunden sind, schützen, wenn nicht gleichzeitig in allen anderen europäischen Ländern ein entsprechendes Verbot erfolgen würde? Wieweit sind die Bemühungen, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EURATOM) alle mit dem Bau, dem Betrieb und dem Kernbrennstoffkreislauf zusammenhängenden Fragen und Probleme auf europäischer Ebene zu handhaben und zu lösen, gediehen?

### III.

Der Parteitag fordert den Landesvorstand auf, diese Fragestellungen an die auf Bundesebene geplante Fachkonferenz weiterzuleiten. Alle Gliederungen der Partei müssen nach dieser Konferenz ausreichend Gelegenheit bekommen, sich mit den Ergebnissen dieser Konferenz auseinanderzusetzen.

Auf der Grundlage einer derartigen sorgfältigen und gründlichen Beratung und Sachinformation wird sich dann der Parteitag, der den Bundesparteitag im Herbst dieses Jahres in Hamburg vorbereitet, eine abschließende Meinung bilden.

### IV.

Der Parteitag fordert, daß bei der zukünftigen Planung von Kraftwerken den Bürgern nach umfassender Information über alle einschlägigen Notwendigkeiten, Risiken und mögliche Alternativen die Geltendmachung aller ihrer Rechte, ohne jegliche Einschränkung,

ermöglicht wird.

Der Parteitag mißbilligt, daß bei den Vorbereitungen zum Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf die Bürger nicht - jedenfalls nicht in ausreichendem Maße - Gelegenheit hatten, ihre Bedenken vorzutragen und ihre Rechte wahrzunehmen. Der Beginn der Baumaßnahmen wurde mit Methoden eingeleitet, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind. Der Parteitag unterstützt das Engagement der Bürger, deren Protest gegen eine als Bedrohung ihrer unmittelbaren Umwelt empfundene Baumaßnahme legal und menschlich verständlich ist.

Der Parteitag fordert weiter die sozialdemokratischen Senatoren und Bürgerschaftsabgeordneten dazu auf, die bisherige Genehmigungspraxis dahingehend zu überprüfen und zu verändern, daß zukünftig nicht mehr durch Erteilung von Teilgenehmigungen - insbesondere wirtschaftliche - Sachzwänge geschaffen werden, bevor die Probleme des jeweiligen Gesamtprojektes zufriedenstellend gelöst sind.

#### V.

Der Parteitag verurteilt die von der Landesregierung Schleswig-Holstein anlässlich der Demonstration am 13. November 76 gegen den sofortigen Baubeginn des Atomkraftwerks in Brokdorf befohlenen Maßnahmen, bei denen (auch in Anbetracht der Beteiligung kleiner Gruppen von politischen Extremisten) mit unverhältnismäßigen Mitteln gegen eine große Mehrheit von Bürgern vorgegangen wurde, die von einem Grundrecht Gebrauch machten. Der Parteitag mißbilligt ebenso die Überschreitung des Grundrechts auf friedliche Demonstration durch Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen durch einzelne Gruppen von Demonstranten in Brokdorf.

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß hamburgische Polizeikräfte, die im Rahmen gegenseitiger Amtshilfe anderen Landesregierungen unterstellt werden, nicht mißbraucht werden.

#### VI.

Der Parteitag fordert den Landesvorstand auf, unverzüglich eine politische Kommission einzusetzen, die die Fachkonferenz der Bundespartei sowie die Beschlußfassung des Landesparteitages vor dem Bundesparteitag zum Thema Energiepolitik vorbereitet.